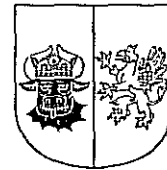


Staatliches Amt für Umwelt und Natur Schwerin



Staatliches Amt für Umwelt und Natur Schwerin
Postfach 16 01 44 · 19091 Schwerin

Gegen Empfangsbekanntnis

e.n.o. energy project GmbH
z.H. Herrn Karsten Porm
Straße am Zeltplatz 7

18230 Ostseebad Rerik

Bearbeiterin: Frau Rauhut/Herr Rappmann
Telefon: 0385/59586-411
Fax-Nr.: 0385/59586-572
E-Mail: Wolfgang.Murawski
@staunsn.mv-regierung.de
AZ: StAUN SN 410a-5712.0.106-60062
Datum: 24. April 2009

Gez.: 18/09

Genehmigungsbescheid

I

1.

Nach Maßgabe der geprüften Antragsunterlagen, unbeschadet der auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhenden Ansprüche Dritter, wird Ihnen, der e.n.o. energy project GmbH, Straße am Zeltplatz 7, 18230 Rerik, die Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb von acht Windenergieanlagen (WEA) am

Standort: 19395 Barkhagen, OT Plauerhagen
Gemarkung: Plauerhagen
Flur: 1 und 2
Flurstücke: 34, 42, 44 (Flur 1) und 41/8, 43 (Flur 2)

erteilt.

2.

Die Genehmigung erlischt für diejenigen WEA, mit deren ordnungsgemäßem Betrieb nicht bis zum **31.12.2011** begonnen worden ist. Diese Frist kann nach § 18 BImSchG aus wichtigem Grund auf einen entsprechenden Antrag hin verlängert werden, sofern dieser vor Ablauf der genannten Frist gestellt wurde.

3.

Die Genehmigung erstreckt sich auf die Errichtung und den Betrieb von acht WEA des Typs ENO 82 / 2,0 MW mit einer Nabenhöhe von 108 Metern, einem Rotordurchmesser von 82,5 Metern und einer Nennleistung von jeweils 2,0 Megawatt.

Hausanschrift:
Bleicherufer 13
19053 Schwerin

Telefon: 0385/59586-0
Fax: 0385/59586-570
E-Mail: poststelle@staunsn.mv-regierung.de

4.

Bestandteil dieser Genehmigung sind folgende Antragsunterlagen inklusive aller Formblätter, Abbildungen und Anhänge (Anlage 1: Ausfertigung Nr. 2):

Anlage Nr.	Inhalt	Blattzahl
1.	§ 4 – Antrag	
1.1	Formblatt 1.1 und 1.2	2
1.2	Kostenübernahmeerklärung	2
1.3	Standortkoordinaten, Übersichtskarte	2
1.4	Herstellungskosten	3
2.	Anlagen- und Betriebsbeschreibung	
2.1	Formblatt 2.1	1
2.2	Vorhabensbeschreibung	17
2.3	Zuwegung und Kranstellflächen	5
2.4	Maßnahmen bei Eisansatz; Tages- und Nachtkennzeichnung; Farbgebung der Anlagenkomponenten	8
3.	Lärmschutz / Schattenwurf	
3.1	Formblatt 2.7, 2.8, 2.9; prognostizierter Schallleistungspegel; Schallgutachten Milchviehanlage	19
3.2	Schallimmissionsprognose	40
3.3	Schattenwurfprognose	99
4.	Brand- und Arbeitsschutz	
4.1	Arbeitsschutz und Sicherheit	5
4.2	Brandschutzkonzept	6
5.	Abfälle und wassergefährdende Stoffe	
5.1	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	5
5.2	EG-Sicherheitsdatenblätter	20
6.	Eingriffe in Natur und Landschaft	
6.1	Formblatt 2.19	1
6.2	Ordner LBP	
6.2.1	Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls	20
6.2.2	LBP (Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung)	50
6.2.2.1	LBP, 1. Nachtrag vom 24.09.2008	20
6.2.2.2	LBP, 2. Nachtrag vom 27.01.2009	3
6.2.3	Pläne (Landschaftsanalyse, Natura 2000, Bestandsplan, Kompensationsplan)	5
6.2.4	Anhang (Erfassung und Bewertung des Vogelbestandes)	81
6.2.5	Fledermausgutachten	70
6.2.6	Untersuchung Wiesenweihe	9
6.2.7	Analyse und Bewertung des Landschaftsbildpotentials	24
7.	Nachweis der Flächenverfügbarkeit	
7.1	Gestattungsverträge	68
8.	Maßnahmen bei Betriebseinstellung (Erklärung über Rückbaubürgschaft)	1
9.	Bauunterlagen	
9.1	Bauantrag; Grundstückseigentümer; Flurkarte	6
9.2	Standsicherheitsnachweise (e.n.o. energy, Nordwind)	10
10.	Rückbauverpflichtung	1

5.

Dieser Genehmigungsbescheid ist gebührenpflichtig. Die Kosten haben Sie zu tragen. Die Gebühr für die Bearbeitung Ihres Antrages auf Erteilung der Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb für die o. g. Anlagen wird auf **50.161,13 Euro**, in Worten fünfzigtausendeinhunderteinundsechzig Euro und dreizehn Cent, festgesetzt. Bitte überweisen Sie den o. g. Betrag unter Angabe des u. g. Kassenzzeichens bis zum **25. Mai 2009** auf folgende Bankverbindung:

Empfänger:	Landeszentalkasse M-V
Konto – Nr.:	140 015 18
BLZ:	130 000 00
Bank:	Bundesbank Filiale Rostock
Kassenzeichen:	0160300335008

Die Gebühr wird mit Bekanntgabe dieser Entscheidung fällig. Bei verspäteter Zahlung werden Säumniszuschläge gemäß § 18 VwKostG M-V erhoben.

II

Nebenbestimmungen

Bedingung

1.

Die Genehmigung wird gemäß § 36 des Verwaltungsverfahrens-, Zustellungs- und Vollstreckungsgesetzes des Landes Mecklenburg - Vorpommern vom 26. Februar 2004 mit der aufschiebenden Bedingung erteilt, dass dem Landkreis Parchim, Bauordnungsamt, vor Baubeginn eine Erklärung des Tragwerksplaners zum Kriterienkatalog nach der Anlage 2 der BauVorlVO M-V vorgelegt wird. Wird der Kriterienkatalog nicht erfüllt, ist der Standsicherheitsnachweis zur Prüfung und Bestätigung vorzulegen.

2.

Die Genehmigung wird gemäß § 36 des Verwaltungsverfahrens-, Zustellungs- und Vollstreckungsgesetzes des Landes M-V vom 26. Februar 2004 mit der aufschiebenden Bedingung erteilt, dass vor Baubeginn zur Absicherung der Rückbauverpflichtung eine Bankbürgschaft zu Gunsten des Landkreises Parchim dem Bauordnungsamt des Landkreises Parchim vorzulegen ist.

Auflagen.

1. Allgemeines

1.1

Die Anlagen, einschließlich aller zugehörigen Nebenanlagen und -einrichtungen, sind nach den mit Genehmigungsvermerk versehenen Antragsunterlagen zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten, soweit nachstehend keine Abweichungen vorgeschrieben sind. Bei der Errichtung und beim Betrieb der Anlagen sind die einschlägigen Vorschriften sowie die allgemein anerkannten Regeln der Technik und hinsichtlich der entsprechenden Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung der Stand der Technik zu beachten und einzuhalten.

1.2

Grüne Eintragungen in den mit Genehmigungsvermerk versehenen Antragsunterlagen sind zu beachten.

1.3

Dieser Genehmigungsbescheid mit Anlagen, oder eine Kopie davon, ist am Betriebsort aufzubewahren und auf Verlangen der jeweiligen Vertreterin oder dem jeweiligen Vertreter der Aufsichtsbehörde zur Einsicht vorzulegen.

1.4

Mindestens einen Monat vor Baubeginn sind der Wehrbereichsverwaltung Nord, Hans-Böckler-Allee 16, 30173 Hannover zum Aktenzeichen III 4-Nord 1-A-282-08-a alle endgültigen Daten wie Art des Hindernisses, Koordinaten (WGS 84 – geographisch, Gauß-Krüger – Potsdamer Datum), Höhe über Grund, Gesamthöhe über NN, Datum der Fertigstellung zwecks Veröffentlichung als Luftfahrthindernis mitzuteilen. Gleiches gilt für Standort- und Höhenänderungen sowie den späteren Rückbau der Anlagen.

2. Bauausführung / Brandschutz**2.1**

Der Beginn der Bauarbeiten ist dem Landkreis Parchim, Bauordnungsamt, und mir mindestens eine Woche vorher schriftlich anzuzeigen (§§ 72 Abs. 9 und 53 Abs. 1 LBauO M-V).

2.2

Die beabsichtigte Aufnahme der Nutzung der baulichen Anlage ist dem Landkreis Parchim, Bauordnungsamt, und mir mindestens 2 Wochen vorher anzuzeigen (§ 82 Abs. 2 LBauO M-V).

2.3

An der Baustelle ist, von der öffentlichen Verkehrsfläche aus gut sichtbar, ein Bauschild während der Bauzeit dauerhaft anzubringen. Die Bezeichnung des Bauvorhabens und die Anschriften und Namen des Entwurfsverfassers, Bauleiters und der Unternehmer sind einzutragen (§ 11 Abs. 3 LBauO M-V).

2.4

Die Bauausführung darf nur nach geprüften bzw. bestätigten Unterlagen erfolgen (§ 55 LBauO M-V).

3. Immissionsschutz**3.1 Lärm****3.1.1**

Die von den WEA verursachten Lärmimmissionen dürfen im gesamten Einwirkungsbereich nicht zu einer Überschreitung der Immissionsrichtwerte nach Nr. 6 der TA Lärm beitragen.

Für die maßgeblichen Immissionsorte gelten in einer Höhe von 5,0 m insbesondere folgende Immissionswerte für den Beurteilungszeitraum nachts:

- IP01, Plauerhagen, Quetziner Str. 1	43 dB(A)
- IP03, Plauerhagen, Quetziner Str. 48c	42 dB(A)
- IP04, Plauerhagen, Zarchliner Str. 43	40 dB(A)
- IP05, Plauerhagen, am Weizenberg N	45 dB(A)

3.1.2

Der von der WEA des Typs ENO 82/2,0 MW (Modus 0) mit einer Nabenhöhe von 108 m ausgehende maximal zulässige Emissionswert wird auf einen Schallleistungspegel von $L_{WA}=108,6$ dB(A) (inkl. Sicherheitszuschlag von 2 dB(A)) festgesetzt.

3.1.3

Die Windenergieanlagen „WEA G1“, „WEA G2“, „WEA G5“, „WEA G6“ und „WEA G7“ sind nachts im schallreduzierten Modus (Mode 1) mit einem Schallleistungspegel von maximal $L_{WA} = 106,0 \text{ dB(A)}$ (inkl. Sicherheitszuschlag von 2 dB(A)) zu betreiben.

3.1.4

Die Windenergieanlage „WEA G8“ ist nachts solange außer Betrieb zu nehmen, bis durch eine Messung gemäß FGW-Richtlinie nachgewiesen ist, dass der Anlagentyp ENO 82/2,0 MW im Modus 1 den in der Prognose angenommen Schallleistungspegel von maximal $L_{WA} = 106,0 \text{ dB(A)}$ (inkl. Sicherheitszuschlag von 2 dB(A)) einhält.

Liegt dieser Nachweis vor, kann die „WEA G8“ nachts im schallreduzierten Modus (Mode 1) betrieben werden.

3.1.5

Die gemäß den Punkten 3.1.2 und 3.1.3 definierten Betriebsweisen der WEA sind steuerungstechnisch zu erfassen. Dazu sind die Parameter Abgabeleistung in Kilowatt und Rotordrehzahl pro Minute als 10 Minuten-Mittelungswerte aufzuzeichnen und zu protokollieren. Darüber hinaus sind Windgeschwindigkeit und Windrichtung kontinuierlich aufzunehmen. Die Protokolle sind über einen Zeitraum von 12 Monaten zu speichern. Der Nachweis über die tatsächliche Betriebsweise der WEA ist mir erstmalig 3 Monate nach Inbetriebnahme und im weiteren auf Anordnung zu erbringen.

3.1.6

Nach Errichtung der Anlage ist durch Vermessung ein Datenblatt gemäß FGW-Richtlinie zu erstellen, welches belegt, dass die errichtete Anlage in ihren wesentlichen Elementen, in ihrer Schallemission und in ihrer Regelung mit derjenigen Anlage übereinstimmt, die der akustischen Planung zugrunde gelegt worden ist. Für den Fall, dass einzelne Komponenten der WEA ausgetauscht werden, ist eine neuerliche Vermessung erforderlich. Die WEA darf keine einzeltonhaltigen Geräusche verursachen, da dies nicht dem Stand der Lärminderungstechnik entspricht.

3.2 Schattenwurf

3.2.1

Vor Inbetriebnahme der Anlagen sind die von Schattenwurf betroffenen Immissionsorte und die neu errichteten Anlagen geodätisch einzumessen (Bezugssystem Gauß Krüger Bessel 3° 4. Streifen). Die Vermessungen sind zu protokollieren (Lageplan).

3.2.2

Auf Grundlage dieser Vermessungsdaten ist ein Abschaltkonzept zu erstellen und der Genehmigungsbehörde vorzulegen. Sie als Betreiber haben darzulegen, durch welche betriebsbeschränkenden Maßnahmen die Einhaltung der Werte für die meteorologische Beschattungsdauer (= tatsächliche Schattendauer) von 8 Stunden pro Jahr und von 30 Minuten pro Tag an allen Immissionsorten garantiert wird. Insbesondere müssen aus dem Abschaltkonzept die Lage und die räumliche Ausdehnung der programmierten Immissionsorte, die Standorte der WEA und die programmierten Abschaltzeiten ersichtlich sein.

3.2.3

Zur Sicherung der Einhaltung der unter Ziffer 3.2.2 genannten Nebenbestimmung ist vor Inbetriebnahme vom Hersteller der Anlage eine Fachunternehmererklärung vorzulegen, durch die ersichtlich ist, wie die Abschaltung bei Schattenwurf, bezogen auf den jeweiligen Immissionsort, maschinentechnisch gesteuert wird.

3.2.4

Die ermittelten Daten zur Sonnenscheindauer und Abschaltzeit sollen von der Steuereinheit über mindestens 12 Monate dokumentiert werden.

3.2.5

Ein Protokoll über die erfolgten Abschaltzeiten ist mir erstmalig 6 Monate nach Inbetriebnahme und im weiteren auf Anforderung vorzulegen.

4. Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit

4.1

Gemäß § 3 ArbStättV sind die WEA so zu errichten, dass sie dem Stand der Technik entsprechen, d.h., dass die Anlagen den allgemein anerkannten sicherheitstechnischen, arbeitsmedizinischen und hygienischen Regeln sowie den sonstigen gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechen und sicher betrieben werden können.
(§§ 3,4 ArbSchG i.V.m. EN 50308 sowie BGI 657)

4.2

Die Inbetriebnahmeprotokolle der WEA sind dem Landesamt für Gesundheit und Soziales M-V, Abteilung Arbeitsschutz und technische Sicherheit, Dezernat Schwerin (LAGuS) auf Anforderung vorzulegen. Das Protokoll muss inhaltlich zum Ausdruck bringen, dass die installierten Anlagen mit den begutachteten und dem Typenbescheid zugrunde liegenden WEA identisch sind.

(§ 8 ArbSchG i.V.m. Unfallverhütungsvorschrift BGV A 1)

4.3

Es ist eine Aufstiegshilfe für den Personentransport zu installieren. Nach Installation der Aufstiegshilfe für Personen (hier: definiert als Aufzugsanlage i.S.d. Nr. 16 im Anhang IV Buchstabe A Maschinenrichtlinie 98/37/EG) ist die Anlage vor Inbetriebnahme durch den Sachverständigen einer „zugelassenen Überwachungsstelle für überwachungsbedürftige Anlagen“ (ZÜS) auf ihren ordnungsgemäßen Zustand hinsichtlich der Montage, der Installation, der Aufstellungsbedingungen und der sicheren Funktion zu prüfen.

(§§ 22, 3 ArbSchG, § 11 BetrSichV, „Stand der Technik“ bei Nabenhöhen ≥ 80 m)

Die Inbetriebnahme-Prüfbescheinigung ist dem LAGuS umgehend in Kopie zu übersenden (ohne „ZÜS“-Abnahme keine Inbetriebnahme der Aufzugsanlage).

(§§ 14 Abs. 7 und 19 BetrSichV)

4.4

Der Betreiber hat regelmäßige Prüfungen entsprechend des Wartungspflichtenheftes durch den Hersteller oder einen fachkundigen Wartungsdienst zu veranlassen. Die dabei anzufertigenden Prüfprotokolle sind dem LAGuS vom Betreiber auf Verlangen vorzulegen.

(§§ 3,4 ArbSchG, § 11 BetrSichV)

4.5

Um bei Ausfall der Allgemeinbeleuchtung innerhalb der Gondel und des Mastes ein gefahrloses Verlassen dieser Plätze zu ermöglichen, sind in den WEA Sicherheitsbeleuchtungen für Rettungswege jeweils im Turm und in der Gondel gemäß §§ 3, 4 ArbStättV i.V.m. Punkt 2.3 des Anhangs zur ArbStättV sowie Punkt 4.7 EN 50308 zu installieren.

4.6

Das Betriebspersonal muss für den speziellen Windenergieanlagentyp unterwiesen und geschult sein. Die Unterweisung umfasst Anweisungen und Erläuterungen, die eigens auf den Arbeitsplatz oder den Aufgabenbereich des Beschäftigten ausgerichtet sind.

Weiterhin muss die Unterweisung auch Angaben über absehbare Betriebsstörungen enthalten und speziell für den Standort abgestimmte Gegenmaßnahmen aufzeigen.
(hier: sog. „Alarm- und Gefahrenabwehrplan“ s. auch Punkt 8.1.7 BGI 657)
Es ist eine arbeitsplatzbezogene Betriebsanweisung zu erstellen (s. dazu auch Punkt 8.1.2 und 8.1.3 BGI 657). Die Betriebsanweisung ist am Betriebsort (bzw. Büro des Betreibers) aufzubewahren und den Mitarbeitern des LAGuS auf Verlangen vorzuzeigen.
(§ 9 BetrSichV, § 2 ArbSchG, BGI 657)

5. Flugsicherheit

5.1

Die WEA dürfen eine Gesamtbauhöhe von je 149,20 m über Grund bzw. 219,20 m über NN nicht überschreiten.

5.2 Kennzeichnung

Die Tages- und Nachtkennzeichnung ist gemäß der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift des Bundes zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen (AVV) an allen acht WEA wie folgt auszuführen:

5.2.1 Tageskennzeichnung

5.2.1.1

Die Rotorblätter der WEA sind weiß oder grau auszuführen. Im äußeren Bereich sind sie durch 3 Farbfelder von je 6 m Länge (außen beginnend 6 m orange/rot – 6 m weiß/grau – 6 m orange/rot) zu kennzeichnen. Hierfür sind die Farbtöne Verkehrsweiß (RAL 9016), grauweiß (RAL 9002), lichtgrau (RAL 7035), achatgrau (RAL 7038), Verkehrsorange (RAL 2009) oder Verkehrsrot (RAL 3020) zu verwenden. Um den erforderlichen Kontrast herzustellen, sind weiß mit orange und die Grautöne mit rot zu kombinieren. Die Verwendung entsprechender Tagesleuchtfarben ist zulässig. Die äußersten Farbfelder müssen orange/rot sein.

5.2.1.2

Am geplanten Standort können alternativ als Tageskennzeichnung auf dem Maschinenhausdach der WEA auch zwei weiß blitzende Mittelleistungsfeuer mit einer mittleren Lichtstärke von 20.000 cd \pm 25% (Typ A gemäß ICAO Anhang 14, Band 1, Punkt 6.3.3) i.V.m. einem 3 m hohen Farbring orange/rot am Mast beginnend in 40 \pm 5 m Höhe über Grund eingesetzt werden. Der Farbring am Mast und die weiß blitzenden Mittelleistungsfeuer dürfen nicht durch den Rotor verdeckt werden.

5.2.2 Nachtkennzeichnung

5.2.2.1

Die Nachtkennzeichnung an den WEA soll aus Hindernisfeuern an den Blattspitzen (Blattspitzenhindernisfeuer jeweils 10 cd) i.V.m. einem Hindernisfeuer (Rundstrahl-Festfeuer mit 10 cd) auf dem Maschinenhausdach bestehen. Bei dieser Ausführung der Nachtkennzeichnung muss durch Steuereinrichtungen sichergestellt werden, dass immer das höchste Blatt in einem Bereich \pm 60° von der Senkrechten gemessen beleuchtet ist. Bei Stillstand des Rotors bzw. Drehzahlen unterhalb 50 % der niedrigsten Nenndrehzahl sind alle Blattspitzen zu beleuchten.

5.2.2.2

Kann die Nachtkennzeichnung nicht mit Blattspitzenhindernisfeuern ausgeführt werden, sind alternativ auf der WEA entweder zwei versetzte Gefahrenfeuer (2.000 cd) oder Feuer „W-rot“ (100 cd) auf dem Maschinenhausdach zu installieren.

5.2.2.3

Die Rotorblattspitze darf die weiß blitzenden Mittelleistungsfeuer (alternative Tageskennzeichnung) und das Gefahrenfeuer um bis zu 50 m, das Feuer „W, rot“ um bis zu 65 m überragen.

5.2.2.4

Die Feuer sind jeweils (Tag bzw. Nacht) versetzt auf dem Maschinenhausdach, gegebenenfalls auf Aufständungen, zu installieren und jeweils gleichzeitig (synchron blinkend) zu betreiben. Das gleichzeitige Blinken ist erforderlich, damit die Feuer der Windenergieanlage während der Blinkphase nicht durch einen Flügel des Rotors verdeckt werden.

5.2.2.5

Gefahrenfeuer sind rot blinkende Rundstrahlfeuer gemäß ICAO-Anhang 14, Band I, Tab. 6.3 Mittelleistungsfeuer Typ B (2.000 cd). Die Blinkfrequenz soll zwischen 20 und 60 pro Minute liegen. Die effektive Lichtstärke ist gemäß den gültigen Normen und Richtlinien nachzuweisen. Beim Feuer „W-rot“ (100 cd) ist eine Taktfolge 1 s hell - 0,5 s dunkel - 1 s hell - 1,5 s dunkel einzuhalten. Es dürfen nur Feuer verwendet werden, die den Anforderungen der AVV genügen.

5.2.2.6

Für die Ein- und Ausschaltvorgänge der Nachtkennzeichnung bzw. Umschaltung auf die alternative Tageskennzeichnung sind Dämmerungsschalter, die bei einer Umfeldhelligkeit von 50 bis 150 Lux schalten, einzusetzen.

5.2.2.7

Werden in einem bestimmten Areal mehrere WEA errichtet, können diese zu WEA-Blöcken zusammengefasst werden. Schaltzeiten und Blinkfolge aller Feuer sind dann zu synchronisieren.

5.2.2.8

Bei Ausfall eines Feuers muss eine automatische Umschaltung auf ein Ersatzfeuer erfolgen. Bei Leuchtmitteln mit langer Lebensdauer (z.B. LED), deren Betriebsdauer zu erfassen ist, kann auf Ersatzfeuer verzichtet werden. Die Leuchtmittel sind nach Erreichen des Punktes mit 5 % Ausfallwahrscheinlichkeit auszutauschen.

5.2.2.9

Bei Ausfall der Spannungsquelle muss sich die Befuerung automatisch auf ein Ersatzstromnetz umschalten.

Als Grundlage für die Berechnung der notwendigen Kapazität einer Ersatzstromversorgung ist der Zeitraum zugrunde zu legen, den der Anlagenbetreiber benötigt, um eine Stromversorgung wiederherzustellen. Dieses muss mir durch den Anlagenbetreiber spätestens mit Inbetriebnahme der WEA nachgewiesen werden. Die Zeitdauer der Unterbrechung sollte 2 Minuten nicht überschreiten.

5.2.2.10

Die in den Auflagen geforderten Kennzeichnungen sind nach Erreichen der jeweiligen Hindernishöhe zu aktivieren und mit Notstrom zu versorgen.

5.2.2.11

Eine Reduzierung der Nennlichtstärke bei weiß blitzenden Mittelleistungsfeuern, „Feuern W, rot“ und/oder Gefahrenfeuern ist nur bei Verwendung der vom Deutschen Wetterdienst (DWD) anerkannten meteorologischen Sichtweitenmessgeräte möglich. Installation und Betrieb haben nach den Bestimmungen des Anhangs 4 der AVV zu erfolgen. Vor Inbetriebnahme eines Sichtweitenmesssystems ist die Funktion der Schaltung der Befuerung durch eine unabhängige Institution zu prüfen. Das Prüfprotokoll ist bei mir zu hinterlegen.

5.2.2.12

Ausfälle der Befeuerung, die nicht sofort behoben werden können, sind der NOTAM-Zentrale in Frankfurt/Main unter der Rufnummer 069/786 629 bekannt zu geben.

Der Betreiber hat den Ausfall der Kennzeichnung unverzüglich zu beheben. Die erforderliche Veröffentlichung durch die NOTAM-Zentrale ist längstens für 2 Wochen sichergestellt. Sollte die Instandsetzung in einem kürzeren Zeitraum erfolgen, ist die NOTAM-Zentrale unter der oben genannten Rufnummer ebenfalls zu informieren.

5.3. Veröffentlichung

Die WEA müssen als Luftfahrthindernisse veröffentlicht werden. Aus Sicherheitsgründen hat der Bauherr den Baubeginn daher mindestens einen Monat vorher sowie die folgenden, endgültigen Veröffentlichungsdaten schriftlich dem Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern, Ref. 510, 19048 Schwerin, Az: VIII 510-623-24-2/1518a, mitzuteilen:

1. Name des Standortes
2. Geografische Standortkoordinaten nach Grad, Minuten und Sekunden für jede einzelne WEA mit Angabe des Bezugsellipsoids (Bessel, Krassowski oder WGS 84 mit einem GPS-Empfänger gemessen)
3. Höhe der Bauwerksspitze in Meter über Grund
4. Höhe der Bauwerksspitze in Meter über NN
5. Art der Tages- und Nachtkennzeichnung (Beschreibung mit Typenbezeichnung und Nachweis).

Es ist ein Ansprechpartner mit Telefonnummer der Stelle anzugeben, die einen Ausfall der Nachtkennzeichnung meldet bzw. für die Instandsetzung zuständig ist.

6. Naturschutz

6.1

Die Kompensationsmaßnahmen (M1 – M4), dargestellt und beschrieben im 1. Nachtrag zum Landschaftspflegerischen Begleitplan (LBP) vom 24. September 2008 in Verbindung mit dem 2. Nachtrag zum LBP vom 27. Januar 2009, sind innerhalb eines Jahres zu realisieren, nachdem die Genehmigung Bestandskraft erlangt hat.

Die Fertigstellung der Kompensationsmaßnahmen sind der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Parchim und mir anzuzeigen.

6.2

Die Kompensationsmaßnahmen M2, M3 und M4 (Pflanzungen) sind im Sinne der DIN 18916 zu realisieren (Fertigstellungspflege). Es ist zu gewährleisten, dass die Gehölze nach der Fertigstellungspflege normgerecht im Sinne der DIN 18919 gepflegt werden, bis sie in einem funktionsfähigen Zustand sind (Entwicklungspflege).

6.3

Die für die geschützte Fledermausfauna eingeplante Vermeidungs- oder Minimierungsmaßnahme (siehe LBP vom 16. April 2008 S. 22) ist konkret für die WEA 2 und WEA 8 anzuwenden. Das heißt, es sind differenzierte Abschaltzeiten hinsichtlich Windgeschwindigkeiten und Witterungsbedingungen für die konfliktreichen Monate August und September festzulegen und konsequent für die Zeit des Betriebs der WEA anzuwenden. Im Hinblick auf die Festlegung differenzierter Abschaltzeiten muss sich der Vorhabensträger mit dem Fledermausgutachter abstimmen.

6.4

Die getroffenen Festlegungen zu den Abschaltzeiten sind der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Parchim und mir schriftlich anzuzeigen, bevor die WEA in Betrieb genommen werden.

6.5

Die geplanten Maßnahmen der Emissionsminderung (LBP vom 16. April 2008 S. 21) sind ordnungsgemäß anzuwenden oder zu realisieren.

7. Wasserrecht

7.1

Anlagen zum Verwenden von wassergefährdenden Stoffen müssen mindestens entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik beschaffen sein sowie eingebaut, aufgestellt, unterhalten und betrieben werden. Die Anforderungen der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe sind entsprechend einzuhalten. (Anlagenverordnung - VAWs)

7.2

Die Dichtheit und Funktionsfähigkeit der Sicherheitseinrichtungen der Anlagen ist durch den Betreiber ständig zu überwachen. Es ist sicherzustellen, dass eine Verunreinigung der Gewässer oder eine sonstige nachteilige Veränderung ihrer Eigenschaften nicht zu besorgen ist.

7.3

Eventuell auftretende Havarien sind durch geeignete Maßnahmen abzustellen und unverzüglich bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises Parchim anzuzeigen.

7.4

Es sind nur bauartzugelassene bzw. -geprüfte Teile für den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen zu verwenden.

8. Denkmalschutz

Sofern während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gemäß § 11 DSchG M-V die untere Denkmalschutzbehörde des Landkreises Parchim zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen von Mitarbeitern oder Beauftragten des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich sind hierfür der Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der Anzeige.

III**Begründung**

1.

Mit Datum vom 22.04.2008 und letzten Ergänzungen vom 13.02.2009 beantragten Sie, die e.n.o. energy project GmbH, die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von acht Windenergieanlagen des Typs ENO 82 / 2,0 MW mit einer Nabenhöhe von 108 Metern, einem Rotordurchmesser von 82,5 Metern und einer Nennleistung von jeweils 2,0 Megawatt.

2.

Mit Datum vom 29.04.2008 wurde der Eingang der Antragsunterlagen schriftlich bestätigt. Die Antragsunterlagen waren am 25.03.2009 vollständig.

3.
Es handelt sich um eine Anlage gemäß Ziffer 1.6 Spalte 2 des Anhangs zur 4. BImSchV, die nach § 4 i.V.m. § 19 BImSchG im vereinfachten Verfahren zu genehmigen ist.
4.
Meine Zuständigkeit als Genehmigungsbehörde ergibt sich aus § 3 ImSchZustV M-V.
5.
Die Einzelfallprüfung nach § 3c Abs. 1 Satz 1 i.V.m. Nummer 1.6.2 der Anlage 1 des UVPG hat entsprechend der in der Anlage 2 des o. g. Gesetzes genannten Kriterien ergeben, dass für das geplante Vorhaben keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist, da keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind.
Die Bekanntmachung des Ergebnisses der Einzelfallprüfung erfolgte am 24.11.2008 im Internet und am 08.12.2008 im Amtlichen Anzeiger.
6.
Zu diesem Vorhaben sind von folgenden Behörden, deren Zuständigkeit berührt wurde, Stellungnahmen abgegeben worden (§ 10 Abs. 5 BImSchG):
 - Landesamt für Gesundheit und Soziales M-V, Abteilung Arbeitsschutz und technische Sicherheit, Dezernat Schwerin mit Schreiben vom 02.06.2008
 - Wehrbereichsverwaltung Nord mit Schreiben vom 13.06.2008
 - Landesamt für Kultur und Denkmalpflege, Abteilung Archäologie und Denkmalpflege mit Schreiben vom 24.06.2008
 - Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung mit Schreiben vom 15.07.2008
 - Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie (Immissionsschutz) mit Schreiben vom 17.07.2008 und 13.11.2008
 - Amt für Raumordnung und Landesplanung Westmecklenburg mit Schreiben vom 18.07.2008 und 11.12.2008
 - Amt Plau am See mit Schreiben vom 07.08.2008
 - Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie (Artenschutz) mit E-Mail vom 24.10.2008
 - Landkreis Parchim (Bauaufsichtsbehörde, Brandschutzbehörde, Naturschutzbehörde, Wasserbehörde, Abfallbehörde) mit Schreiben vom 13.03.2009.
7.
Die beteiligten Behörden haben unter der Voraussetzung, dass vorstehende Nebenbestimmungen eingehalten werden, keine Einwände gegen das Vorhaben vorgebracht.
8.
Die Gemeinde Barkhagen hat mit Datum vom 26.06.2008 das gemeindliche Einvernehmen gem. § 36 Abs. 1 BauGB erteilt und die Erteilung nach Ergänzung von Unterlagen mit Datum vom 06.11.2008 und 26.11.2008 bestätigt.
9.
Die Prüfung der eingereichten Antragsunterlagen hat ergeben, dass Sie den Ihnen nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 und Abs. 3 Nr. 1 bis 3 BImSchG obliegenden Pflichten in Bezug auf die Errichtung und den Betrieb der Anlage nachkommen und ausreichend Vorsorge getroffen haben.
10.
Die bauplanerische Zulässigkeit wurde in der Stellungnahme des Landkreises Parchim mit Schreiben vom 13.03.2009 festgestellt.

Die gem. § 35 Abs. 5 S. 2 BauGB erforderliche Rückbauverpflichtung nach dauerhafter Aufgabe der Nutzung liegt mir vor.

12.

Die unter Abschnitt I, Ziffer 2 dieses Bescheides festgelegte Befristung der Genehmigung basiert auf § 18 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG. Danach erlischt die Genehmigung für diejenigen WEA, mit deren Betrieb nicht innerhalb einer von der Genehmigungsbehörde gesetzten angemessenen Frist begonnen worden ist.

13.

Die von mir gesetzte Frist ist geeignet und erforderlich, zu gewährleisten, dass die WEA bei Inbetriebnahme dem Stand der Technik entsprechen und dem Zweck des Bundes-Immissionsschutzgesetzes nicht entgegen stehen. Unter Berücksichtigung des § 18 Abs. 3 BImSchG, der eine Verlängerung der Frist aus wichtigem Grund ermöglicht, sofern vor Ablauf der Frist bei der Genehmigungsbehörde ein Antrag auf Fristverlängerung gestellt wird, ist die Frist auch angemessen.

14.

Die Prüfung der Antragsunterlagen ergab, dass unter Erteilung von Nebenbestimmungen die Genehmigungsvoraussetzungen gem. § 6 BImSchG vorliegen. Es ist sichergestellt, dass bei der vorgesehenen Errichtung und beim Betrieb der WEA die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden und andere öffentlich-rechtliche Vorschriften und Belange des Arbeitsschutzes der Errichtung und dem Betrieb der Anlage nicht entgegenstehen.

15.

Die vorstehenden Nebenbestimmungen sind begründet durch:

- den Vorsorgegrundsatz, Maßnahmen gegen schädliche Umwelteinwirkungen zu treffen, insbesondere durch die den Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung,
- die notwendige Abwehr schädlicher Umwelteinwirkungen und sonstiger Gefahren, erheblicher Nachteile und erheblicher Belästigungen von der Allgemeinheit und der Nachbarschaft,
- den notwendigen Schutz der im Betrieb Beschäftigten gegen Gefahren für Gesundheit und Leben.

16. Baurecht

Die Nebenbestimmungen unter Abschnitt II, Ziffer 2 ergeben sich aus der Stellungnahme der unteren Bauaufsichtsbehörde des Landkreises Parchim und sichern die Einhaltung sicherheitstechnischer und bauplanungsrechtlicher Vorgaben.

17. Lärm

Die Nebenbestimmungen unter Abschnitt II, Ziffer 3.1 ergeben sich aus der TA Lärm und dem vorliegenden Lärmgutachten. Der Gutachter stellt darin dar, dass nur durch den schallreduzierten Betrieb von 6 der beantragten 8 WEA im Beurteilungszeitraum nachts die Immissionsrichtwerte an allen Immissionsorten eingehalten werden können.

Bei der ENO 82/2,0 MW handelt es sich um einen Anlagentyp, der bislang noch nicht vermessen wurde. Die in die Prognose eingehenden Emissionswerte dieser WEA beruhen auf normierten, aber dennoch abstrakten Berechnungen des Anlagenherstellers und sind somit mit einem erhöhten Maß an Unsicherheiten behaftet. Insbesondere ist bei neuen WEA-Typen auch nicht auszuschließen, dass diese einzeltonhaltige Geräusche aufweisen, die zu einer Erhöhung des prognostizierten Beurteilungspegels führen würden. Diese Information kann nur durch eine auf Grundlage der FGW-Richtlinie durchgeführte Vermessung des entsprechenden WEA-Typs erbracht werden.

18. Schattenwurf

Die Nebenbestimmungen unter Abschnitt II, Ziffer 3.2 ergeben sich aus dem vorliegenden Schattenwurfgutachten. Einwirkungen durch periodischen Schattenwurf können immer dann sicher ausgeschlossen werden, wenn alle in Frage kommenden Immissionsorte außerhalb des möglichen Beschattungsbereichs der jeweiligen WEA liegen. Der zu prüfende Bereich ergibt sich aus dem Abstand zur WEA, in welchem die Sonnenfläche gerade zu 20 % durch ein Rotorblatt verdeckt wird. Dieser wird für den jeweiligen WEA-Typ in der Regel durch das vom Gutachter verwendete Berechnungsprogramm WindPRO von EMD bei entsprechender Einstellung und Aktualität der Version ermittelt. Nach vorliegendem Kenntnisstand gibt es im WindPRO derzeit keine Daten für die WEA der Vor- und Zusatzbelastung. Der durch den Gutachter gewählte Einwirkbereich der WEA (2000 m) ist u. U. überdimensioniert. Auch durch die Abweichungen der Standortkoordinaten der WEA der Vorbelastung werden noch Änderungen der Berechnungsergebnisse verursacht.

Insgesamt ist zu erwarten, dass es durch den Beitrag der Zusatzbelastung in der Ortschaft Plauerhagen an zahlreichen maßgeblichen Immissionsorten zu Überschreitungen der Richtwerte für die astronomisch maximal mögliche Beschattungsdauer von 30 Stunden pro Jahr und/oder 30 Minuten pro Tag kommen wird. Der Gutachter hat technische Maßnahmen zur zeitlichen Beschränkung des Betriebes der Windenergieanlage bereits folgerichtig in Betracht gezogen.

19. Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit

Die Nebenbestimmungen unter Abschnitt II, Ziffer 4 ergeben sich aus der Stellungnahme des LAGuS und gewährleisten den notwendigen Schutz der am Bau und im Betrieb Beschäftigten gegen Gefahren für Gesundheit und Leben.

20. Flugsicherheit

Die acht WEA überschreiten die Höhe von 100 m über Grund und sind daher von § 14 Abs. 1 LuftVG betroffen. Gemäß § 14 Abs. 1 LuftVG darf die Genehmigung für die Errichtung von Bauwerken und anderen Anlagen, die eine Höhe von 100 m über der Erdoberfläche überschreiten, nur mit Zustimmung der Luftfahrtbehörde erteilt werden.

Zur Wahrung der Sicherheit der Luftfahrt und zum Schutz der Allgemeinheit vor den Gefahren des Luftverkehrs kann dem Vorhaben nur mit den geforderten Auflagen gemäß § 12 Abs. 4 LuftVG zugestimmt werden. Im Übrigen wird auf die Bestimmungen in der Allgemeinen Verwaltungsschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen hingewiesen.

Die Entscheidung zur Zustimmung und Festsetzung der Nebenbestimmungen unter Abschnitt II, Ziffer 5 erfolgt:

- gemäß § 14 Abs. 1 i.V.m. § 12 Abs. 4 LuftVG
- auf Grund der gutachtlichen Stellungnahme der Deutschen Flugsicherung GmbH (DFS) TWR/FL-MV 1362a vom 27.06.2008
- entsprechend der AVV
- unter Berücksichtigung von § 6 Abs. 1, 2 und 6 (Sicherheitsmindesthöhe) und § 12 Abs. 1 (Vermeidung von Zusammenstößen), § 34 (Such- und Rettungsflüge) der Luftverkehrsordnung (LuftVO).

21. Naturschutz

Die Auflagen unter Abschnitt II, Ziffer 6 begründen sich aus der Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Parchim und sind für die Sicherung einer zeitnahen und qualitätsgerechten Ausführung der Kompensationsmaßnahmen erforderlich. Die Anzeigen sollen eine Kontrolle ermöglichen.

Das Vorhaben stellt einen Eingriff in Natur und Landschaft i.S.d. § 14 Abs. 2 Nr. 12 LNatG M-V dar. Gemäß § 15 Abs. 2 bedürfen Eingriffe der Genehmigung. Nach § 65b LNatG M-V werden alle für das Vorhaben erforderlichen naturschutzrechtlichen Entscheidungen in der Naturschutzgenehmigung zusammengefasst. Diese wird gemäß § 65d Abs. 1 bei Vorhaben, die einer Baugenehmigung bedürfen, im Einvernehmen mit der zuständigen Naturschutzbehörde erteilt.

Der Verursacher eines Eingriffes ist verpflichtet, vermeidbare Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes zu unterlassen sowie die unvermeidbaren Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen.

Gemäß § 17 Abs. 1 LNatG M-V muss der Antrag auf Genehmigung eines Eingriffs mit den Unterlagen (Pläne und Beschreibungen) alle Angaben enthalten, die zur Beurteilung des Eingriffs einschließlich der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (Kompensationsmaßnahmen) erforderlich sind. Zustimmungsfähige Unterlagen zu den erforderlichen Kompensationsmaßnahmen wurden vom beauftragten Büro „Bendfeldt • Herrmann • Franke – LandschaftsArchitekten BDLA“ erarbeitet, mit dem Genehmigungsantrag am 22.04.2008 eingereicht und mit dem 1. Nachtrag vom 24.09.2008 und dem 2. Nachtrag vom 27.01.2009 ergänzt.

Die Maßnahmen des Ausgleiches sind angemessen, und sie sind geeignet, beeinträchtigte Funktionen zu kompensieren. Vorgesehen sind die Kompensationsmaßnahme M1 „Munitionslager Bossow“ und die Kompensationsmaßnahmen M2, M3 und M4. Bei M1 handelt es sich um eine multifunktionale Maßnahme (Abbruch von Gebäuden und Entsorgung, Flächenentsiegelung, Umbau und Optimierung von 8 Hochbunkern und 2 Erdbunkern als Winterquartiere für Fledermäuse). Bei M2, M3 und M4 handelt es sich um Pflanzmaßnahmen für die Strukturierung der Agrarlandschaft bei Plauerhagen.

Da die Kompensationsmaßnahmen angelegt sind, dauerhaft erhebliche und nachhaltige Beeinträchtigungen durch das Vorhaben zu kompensieren, muss auch die Verfügungsberechtigung über die Kompensationsflächen dauerhaft sein. Die Verfügbarkeit und eine angemessene Form der Sicherung von Kompensationsflächen sind Voraussetzung für die Genehmigung eines Vorhabens („Hinweise zur Eingriffsregelung“, Kapitel 3.9). Die vorliegenden Gestattungsverträge sichern, dass die Kompensationsflächen zur Verfügung stehen bzw. die Kompensationsmaßnahmen umgesetzt werden können.

An den Ausgleich werden nicht nur räumliche und zeitliche, sondern auch funktionale Anforderungen gestellt. Das heißt, die kompensatorischen Leistungen sind erst dann erbracht, wenn die Funktion hergestellt ist. Hierfür bedarf es einer normgerechten Fertigstellungspflege (DIN 18916) und einer langjährigen und vor allem normgerechten Entwicklungspflege (DIN 18919). Zur Ermöglichung der Vollzugskontrolle ist die Fertigstellung der Kompensationsmaßnahmen bei der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises anzuzeigen. Darüber hinaus ist die Anzeige auch deshalb notwendig, damit bei den Maßnahmen M2, M3 und M4 die Fertigstellungspflege abgenommen und somit die Laufzeit für die Entwicklungspflege verbindlich festgesetzt werden kann. Die Laufzeit für die Entwicklungspflege beginnt dann, wenn die Fertigstellungspflege abgenommen ist.

Zum Schutz bzw. zur Minderung von Beeinträchtigungen der Fledermausfauna wird planungsgemäß vorgeschlagen (siehe LBP vom 16. April 2008 S. 22), für die WEA 2 und WEA 8 differenzierte Abschaltzeiten festzulegen.

Im Wirkungsraum der WEA 2 und WEA 8 befindet sich ein Fledermausfunktionsraum und -element, die Pappelreihe (E1). Gemäß dem Fledermausgutachten wird die Biotopstruktur in die Kategorie 3 „Funktionsraum und -element von mittlerer Bedeutung“ eingestuft. Die Pappelreihe ist eine Biotopstruktur, die Fledermäusen als Jagd- und Transfergebiet dient. Im Rahmen der artspezifischen Konfliktanalyse wurden bestimmte Fledermausarten als eingriffsrelevant ermittelt. Betroffen sind insbesondere der Große Abendsegler und der Kleinabendsegler. Die Pappelreihe (Funktionselement E1) dient dem Großen Abendsegler als „Leitlinienstruktur“ für die Jagd und den Transfer (siehe Fledermausgutachten S. 21 und 22). Im Bereich der Pappelreihe nachgewiesen ist auch der Kleinabendsegler.

Im Fledermausgutachten (S. 39 – 40) werden bestimmte Maßnahmen vorgeschlagen, um Beeinträchtigungen der Fledermausfauna zu mindern. Die Option Nr. 1, Verschiebung der Standorte von WEA 2 und WEA 8 in nördliche Richtung, wird vom Vorhabensträger nicht in Erwägung gezogen. Eingeplant wird die Option Nr. 2, nämlich die Festlegung differenzierter Abschaltzeiten für August und September eines Jahres.

Für die Festlegung differenzierter Abschaltzeiten muss sich der Vorhabensträger mit einem Spezialisten (hier: Flödermausgutachter) abstimmen. Die in der Auflage Nr. 3 getroffene Anzeigepflicht dient der Sicherung und Vollzugskontrolle.

22. Raumordnung und Landesplanung

Dem Vorhaben der Errichtung und dem Betrieb von acht WEA in der Gemeinde Barkhagen, OT Plauerhagen stehen Ziele der Raumordnung und Landesplanung nicht entgegen.

Im Regionalen Raumordnungsprogramm Westmecklenburg ist u. a. das Gebiet zwischen der B 191 im Süden und der B 192 im Norden bzw. westlich der B 103 als Fremdenverkehrsentwicklungsraum „Raum Parchim Lübz Plau“ ausgewiesen. Östlich der B 103 befindet sich der Fremdenverkehrsschwerpunktraum „Westufer Plauer See“.

Die Ausweisung eines WEA-Eignungsgebietes innerhalb eines Fremdenverkehrsentwicklungsraumes in sich begründet keinen Widerspruch. Allerdings sprengen turmartige Bauwerke, um die es sich bei WEA unstrittig handelt und die durch die Bewegung der Rotoren und die der Flugsicherung dienende „Befeuern“ ein relativ hohes Störpotenzial besitzen, im ländlichen Raum grundsätzlich den Maßstab der Bebauung. Dieser Tatsache war sich aber der Gesetzgeber offensichtlich bewusst, als er die Privilegierung der Windenergienutzung eingeführt hat. Er hat die Maßstabsverletzung und die damit verbundene Beeinträchtigung der Landschaft zugunsten der Förderung regenerativer Energien sozusagen billigend in Kauf genommen. Dieser Aspekt wurde bei der Ausweisung sowohl der WEA-Eignungsgebiete, als auch der Fremdenverkehrsräume berücksichtigt und ist damit der Abwägung auf örtlicher Ebene nicht mehr zugänglich.

Die Bedenken, die die Gemeinde Karow mit Schreiben vom 07.08.2008 hinsichtlich der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes äußerte, können einer Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens daher nicht entgegenstehen.

23. Kosten und Gebühren

Die Entscheidung über Ihren Antrag auf Erteilung einer Genehmigung nach § 4 BImSchG ist gemäß § 2 VwKostG i.V.m. der ImSchKostVO M-V gebührenpflichtig.

Die Gebühr wird nach den u.g. Gebührennummern des zweiten Teils des Gebührenverzeichnisses der ImSchKostVO M-V in Verbindung mit den §§ 9 und 10 VwKostG M-V wie folgt festgesetzt:

Herstellungswert lt. Kostenaufstellung:	13.757.500,00 Euro
Gebühr gemäß Gebührennummer 200.6: (Genehmigungsgebühr)	47.772,50 Euro
Gebühr gemäß Gebührennummer 201.4.1: (Einzelfallentscheidungsgebühr)	2.388,63 Euro
Gesamtgebühr	50.161,13 Euro

IV

Hinweise

1.

Dieser Genehmigungsbescheid ergeht unbeschadet der behördlichen Entscheidungen, die nach § 13 BImSchG nicht von der Entscheidung im Ergebnis des nach § 4 BImSchG durchzuführenden Genehmigungsverfahrens eingeschlossen werden. Das gilt insbesondere für wasserrechtliche Erlaubnisse und Bewilligungen nach den §§ 7 und 8 des WHG.

2.

Dieser Genehmigungsbescheid schließt die Baugenehmigung nach § 72 LBauO M-V ein. Im Übrigen bleiben die Vorschriften der Landesbauordnung, insbesondere die Vorschriften über die Rohbau- und die Schlussabnahme, unberührt.

3. Sie sind verpflichtet, die WEA einschließlich aller zugehörigen Nebenanlagen und -einrichtungen im Rahmen dieser Genehmigung so zu errichten, zu betreiben, zu führen und zu unterhalten, dass die sich aus § 5 BImSchG ergebenden Pflichten erfüllt werden.

4. Sie haben dafür zu sorgen, dass die Allgemeinheit und die Nachbarschaft weder durch Lärm, Erschütterungen, Licht noch auf andere Weise gefährdet, erheblich benachteiligt oder erheblich belästigt werden. Ferner haben Sie sicherzustellen, dass eine schädliche Verunreinigung oder eine sonstige nachteilige Veränderung des Grundwassers oder des Oberflächenwassers nicht zu besorgen ist.

5. Ich bin nach § 5 i.V.m. § 17 BImSchG auch nach Erteilung der Genehmigung berechtigt, Anordnungen zu treffen, sofern festgestellt wird, dass die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft nicht ausreichend vor schädlichen Umwelteinwirkungen oder sonstigen Gefahren, erheblichen Nachteilen oder erheblichen Belästigungen geschützt ist.

6. Ich bin weiterhin berechtigt, in den im § 20 Abs. 1 und 3 BImSchG genannten Fällen den Betrieb der Anlage zu untersagen bzw. die erteilte Genehmigung auf Grundlage von § 21 Abs. 1 Nr. 2 bis 5 BImSchG zu widerrufen.

7. Die wesentliche Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebes der Anlage bedarf der Anzeige nach § 15 bzw. der Genehmigung nach § 16 BImSchG. Dies gilt gemäß § 17 Abs. 4 auch für Änderungen, die zur Erfüllung nachträglicher Anordnungen erforderlich sind.

8. Sollte für die Errichtung der WEA der Einsatz eines Baukrans erforderlich werden, der die Höhe von 100 m über Grund überschreitet, ist hierfür gemäß § 15 i.V.m. § 14 Abs. 1 LuftVG die Genehmigung der Luftfahrtbehörde erforderlich. Für die Beantragung dieser luftrechtlichen Genehmigung werden folgende Angaben benötigt:

- Lageplan und Koordinaten des Kranstandortes
- maximale Arbeitshöhe des Krans in Meter über Grund und über NN
- ungefähre Standzeit.

Die Genehmigung ist vom Bauherrn rechtzeitig vor Baubeginn (mindestens 3 Wochen vorher) beim Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern, Luftfahrtbehörde, 19048 Schwerin zu beantragen.

9. Gemäß § 66 Abs. 2 der LBauO M-V muss der Standsicherheitsnachweis von einem Architekten oder Bauingenieur aufgestellt sein, der in einer von der Architektenkammer M-V oder der Ingenieurkammer M-V zu führenden Liste der Tragwerksplaner eingetragen ist.

10. Das Verfüllen von Kleingewässern oder Kleingewässer-Standorten, auch wenn sie schon seit längerem trocken sind oder nur temporär Wasser führen, ist gemäß § 20 Abs. 1 LNatG M-V unzulässig (Biotopschutz). Aufgrund von § 20 Abs. 1 LNatG M-V sind auch Aufschüttungen in Rieden, seggen- und binsenreichen Nasswiesen und in Erlen- und Eschenbrüchen unzulässig.

11. Die Fertigstellung von Gehölzanpflanzungen erfolgt bis zum abnahmefähigen Zustand durch Fertigstellungspflege. Sie umfasst alle Leistungen, die jeweils zur Erzielung eines abnahmefähigen Zustandes erforderlich sind.

Abnahmefähig sind Gehölzpflanzungen zu dem Zeitpunkt, an dem Sicherheit über den Anwuchserfolg besteht. Bei Gehölzpflanzungen ist der Anwuchserfolg im Regelfall ab letztem Drittel des Monats Juni am Durchtrieb zu erkennen.

12.

Die Entwicklungspflege dient der Erzielung eines funktionsfähigen Zustandes. Sie schließt sich an die Fertigstellungspflege nach DIN 18816 an.

13.

Erkenntnisse, aus denen sich ableiten ließe, dass bei der Bebauungsfläche ein Altlastenverdacht gemäß § 22 des Abfallwirtschafts- und Altlastengesetzes M-V gegeben ist, liegen gegenwärtig nicht vor.

14.

Sollten Altablagerungen oder Altlastverdachtsflächen bekannt sein oder im Zuge der Realisierung des Vorhabens zutage treten bzw. Anzeichen für bisher unbekannte Belastungen des Untergrundes angetroffen werden, wie

- abartiger Geruch, anormale Färbung,
- Austritt von verunreinigten Flüssigkeiten, Ausgasungen,
- Reste alter Ablagerungen (Hausmüll, gewerbliche Abfälle etc.),

hat dies auf der Grundlage des § 23 Abfallwirtschafts- u. Altlastengesetz M-V der Antragsteller dem zuständigen Sachgebiet des Landkreises Parchim anzuzeigen. Es sind sofort vor Ort Sicherungsmaßnahmen einzuleiten, die eine Ausbreitung der Schadstoffe ausschließen.

15.

Entsprechend § 6 der Neufassung der Satzung über die Abfallentsorgung im Landkreis Parchim vom 07.10.2004 in der derzeit gültigen Fassung sind zur Entsorgung der Abfälle die Abfallentsorgungseinrichtungen des Landkreises zu benutzen. Dies gilt nicht für Abfälle, die von der Entsorgung durch den Landkreis ausgeschlossen sind.

16.

Erzeuger, Besitzer und Beförderer von Abfällen zur Beseitigung aus den Amtsbereichen des Landkreises Parchim haben diese entsprechend § 5 der Neufassung der Satzung über die Abfallentsorgung im Landkreis Parchim vom 07.10.2004 in der derzeit gültigen Fassung dem Landkreis zu überlassen, sofern die Abfälle durch den Landkreis nicht von der kommunalen Entsorgung ausgeschlossen wurden.

17.

Die Sicherung des Geländes gegen unbefugtes Betreten und Befahren ist durch Schutzmaßnahmen zu gewährleisten. Es ist sicherzustellen, dass Ablagerungen von Abfällen auszuschließen sind. Wilde Ablagerungen sind auf eigene Kosten unverzüglich zu entsorgen.

V

Rechtsgrundlagen

4. BImSchV	Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes), in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.03.1997, zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes zur Reduzierung und Beschleunigung von immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren vom 23.10.2007 (BGBl. I S. 2470)
9. BImSchV	Neunte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen) i.d.F. vom 14.03.1997 (BGBl. I S. 504), zuletzt geändert am 23.10.2007 (BGBl. I S. 2470)

ArbSchG	Arbeitsschutzgesetz (Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit) vom 07.08.1996 (BGBl. I S. 1246), zuletzt geändert am 31.10.2006 (BGBl. 2006, 2407 (2007, 2149))
ArbStättV	Arbeitsstättenverordnung (Verordnung über Arbeitsstätten), vom 12.08.2004 (BGBl. I S. 2179), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20.07.2007 (BGBl. I S. 1595)
AVV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift des Bundes zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen vom 24. April 2007
BauGB	Baugesetzbuch vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316)
BetrSichV	Betriebssicherheitsverordnung (Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Bereitstellung von Arbeitsmitteln und deren Benutzung bei der Arbeit, über Sicherheit beim Betrieb überwachungsbedürftiger Anlagen und über die Organisation des betrieblichen Arbeitsschutzes) vom 27.09.2002 (BGBl. I S. 3777), zuletzt geändert durch Artikel 5 der Verordnung vom 06.03.2007 (BGBl. I S. 261)
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz (Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.09.2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23.10.2007 (BGBl. I S. 2470)
DSchG M-V	Denkmalschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 06.01.1998
ImSchKostVO M-V	Immissionsschutz-Kostenverordnung (Kostenverordnung für Amtshandlungen beim Vollzug der Immissionsschutzgesetze und ihrer Durchführungsverordnungen), vom 09.09.2002, zuletzt geändert durch Verordnung vom 15.03.2005 (GVOBl. M-V S. 137)
ImSchZustVO M-V	Immissionsschutz-Zuständigkeitsverordnung M-V vom 04.07.2007 (GVOBl. M-V S. 250)
LBauO M-V	Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern, vom 18. April 2006 (GVOBl. M-V S. 102)
LNatG M-V	Gesetz zum Schutz der Natur und der Landschaft im Lande Mecklenburg-Vorpommern in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.10.2002
LuftVG	Luftverkehrsgesetz vom 10. Mai 2007 (BGBl. I S. 698)
LuftVO	Luftverkehrsordnung vom 27.03.1999 (BGBl. I S. 580), zuletzt geändert durch Art. 1 V v. 12.09.2008 (BGBl. I S. 1834)
TA Lärm	Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm vom 26.08.1998 (Ministerialblatt Nr. 26)
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 25.06.2005 (BGBl. I S. 1757, 2797), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23.10.2007 (BGBl. I S. 2470)
VAwS	Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe (Anlagenverordnung) vom 05. Oktober 1993 (GVOBl. M-V 1993 S. 887), zuletzt geändert durch VO vom 14.12.2005 (GVOBl. M-V 2005, S. 666)
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung, in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316)
VwKostG M-V	Verwaltungskostengesetz M-V, vom 04.10.1991, zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.07.2006 (GVOBl. M-V S. 568).

V

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim Staatlichen Amt für Umwelt und Natur Schwerin, Bleicherufer 13, 19053 Schwerin schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift zu erklären. Ohne Durchführung des Vorverfahrens nach § 68 VwGO kann der Genehmigungsinhaber bei Entscheidungen nach den §§ 4, 8, 8a, 9, 12, 15 Abs. 2 Satz 2 und 16 BImSchG Klage erheben. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Schwerin, Wismarsche Str. 323, 19055 Schwerin schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Streitgegenstand bezeichnen.

Auch bei Erhebung eines Widerspruches bleiben Sie gem. § 80 Abs. 2 VwGO zur Zahlung der o. a. Kosten verpflichtet.



- Anlagen:
- 1 Liste der Rechtsgrundlagen
 - 2 Ausfertigung Nr. II der Antragsunterlagen
 - 3 Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP)